



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 5. Sitzung, Amtsjahr 2006-2007

Mittwoch, den 7. Juni 2006, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Andreas Burckhardt, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin

Abwesende:

7. Juni 2006, 09:00 Uhr *Hermann Amstad (SP), Markus Benz (DSP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Ugur Camlibel (SP), Oskar Herzig (SVP), Martin Hug (LDP), Christine Locher (FDP), Annemarie Pfeifer (VEW), Bruno Suter (SP), Hansjörg Wirz (DSP), Peter Zinkernagel (LDP).*

7. Juni 2006, 15:00 Uhr *Markus Benz (DSP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Oskar Herzig (SVP), Martin Hug (LDP), Michel-Remo Lussana (SVP), Gabi Mächler (SP), Annemarie Pfeifer (VEW), Donald Stückelberger (LDP), Bruno Suter (SP), Hansjörg Wirz (DSP), Peter Zinkernagel (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.	3
3.	Bericht der Begnadigungskommission zu vier Begnadigungsgesuchen.	4
4.	Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.	5
5.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates zur Wahl eines Strafbefehlsrichters für den Rest der laufenden Amtsdauer 2004 - 2009.	6
6.	Bericht des Büros des Grossen Rates über die Wahl der Leitung der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsdauer 2007 - 2011.	6
7.	Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Tommy Frey).	7
8.	Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Matthias Schmutz).	7

9.	Wahl eines Mitglieds der Wahlprüfungskommission (Nachfolge Matthias Schmutz)	8
10.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlprüfungskommission (Nachfolge Matthias Schmutz)	8
11.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichts; stille Wahl.	8
12.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Orchester für die Jahre 2006/07 bis 2010/11.	8
13.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2006 und 2007.	10
21.	Neue Interpellationen.	11
14.	Ausgabenbericht Historisches Museum Basel, Barfüsserkirche. Erneuerung der Dauerausstellung Ausstellungsbereich Südschiff.	13
15.	Ausgabenbericht betreffend Sportanlagen Bachgraben, Hegenheimermattweg 150, Allschwil. Allwetterplatz, Ersatz Tennenbelag durch Kunstrasen.	14
16.	Ratschlag betreffend Werkstätten Baudepartement. Neubau auf dem Areal Leimgrubenweg. Umwidmung Liegenschaft Maiengasse in das Finanzvermögen.	14
17.	Ausgabenbericht betreffend Strafgericht, Schützenmattstrasse 20 , 4051 Basel, Neubau Eingangszone.	15
18.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1161.01 betreffend Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005.	16
19.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Ratschlag und Entwurf Nr. 05.1927.01 zu einer Änderung des Gesetzes betreffend Kantonale Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie zu einem Nachtragskredit für die Renditegarantie der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Jahr 2002.	16
20.	Ausgabenbericht betreffend Integration der Augenklinik ins Areal des Universitätsspitals Basel: Kredit für das Vorprojekt.	17
22.	Anzüge 1 - 6.	17
23.	Schreiben des Büros des Grossen Rates zum Anzug Margrith von Felten und Consorten betreffend angemessene Vertretung von Frauen im Grossratspräsidium.	19
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Joël Thüring betreffend Ausgaben des Sportamts Basel-Stadt.	19
25.	Beantwortung der Interpellation Nr. 40 Maria Berger-Coenen betreffend Öffnung der "Passerelle" von der Fachmatur zur allgemeinen Hochschulreife am Staatlichen Abendgymnasium Basel (Maturitätskurse für Berufstätige).	20
26.	Beantwortung der Interpellation Nr. 42 Christine Wirz-von Planta betreffend beabsichtigte Verkürzung der Dauer des Gymnasiums.	20
27.	Beantwortung der Interpellation Nr. 44 Emmanuel Ullmann betreffend Baustellenstadt Basel.	20
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	22
	Anhang B: Neue Vorstösse	25

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

(MGT) [07.06.06 09:03:47]

Mitteilungen

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Besonders begrüsse ich als neue Mitglieder des Grossen Rates **Heinrich Ueberwasser** (VEW) aus Riehen, welcher den Sitz des zurückgetretenen Matthias Schmutz einnimmt, sowie **Erika Paneth** (SP), welche den zurückgetretenen Daniel Wunderlin ersetzt. Ich wünsche den neuen Ratsmitgliedern in der Ausübung ihres Amtes viel Erfolg und Befriedigung [Applaus].

Rücktritte aus dem Grossen Rat:

Rücktritt Daniel Wunderlin als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. Mai 2006.

Daniel Wunderlin hat in seinem Rücktrittsschreiben bedauert, aus beruflichen Gründen nicht regulär vom Grossen Rat Abschied nehmen zu können. Er hätte dies gerne persönlich vorgenommen.

Rücktritt Michel Lussana als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni.

Michel Lussana wird an der Sitzung vom 28. / 29. Juni verabschiedet. Michel Lussana wird am 14. Juli 30 Jahre alt und spendet deshalb heute morgen den Kaffee [Applaus].

Rücktritt am Zivilgericht: Carlo Di Bisceglia als ordentlicher Richter am Zivilgericht.

Todesfall: Alt Grossratspräsident Werner Rihm aus Riehen ist am Samstag, 3. Juni 2006 gestorben. Er präsierte den Grossen Rat im Amtsjahr 1981/1982. Wir sprechen seiner Familie unser tief empfundenes Beileid aus.

Interpellationen: Es sind 11 Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nr. 45, 46, 47 und 51 werden mündlich beantwortet.

Bildaufnahmen: Ich habe Telebasel und Nordwest 1 gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Sportliche Höchstleistung: Peter Fischer, Rathausverwalter, hat am Eidg. Feldschiessen das Punktemaximum und damit das beste in Basel geschossene Resultat (72 Punkte) erzielt [Applaus].

Tagesordnung

Keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

(ENG) [07.06.06 09:09:00]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Rücktritt von Tommy Frey als Mitglied der Regiokommission (auf den Tisch des Hauses). (06.5160.01)
- Rücktritt von Matthias Schmutz als Mitglied des Grossen Rates (auf den Tisch des Hauses). (06.5154.01)
- Rücktritt von Dr. Carlo Alberto Di Bisceglia als ordentlicher Richter am Zivilgericht Basel-Stadt (auf den Tisch des Hauses). (06.5155.01)
- Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen 1. Jürg Merz und Konsorten betreffend Schaffung einer bi-kantonalen Fachstelle für psychiatrische Rehabilitation; 2. Heidi Hügli und Konsorten betreffend frühzeitiger, umfassender und auf Wiederintegration hinführender Begleitung psychisch erkrankter Menschen (stehen lassen). (GD, 04.7859.02/04.7976.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Öffentlichen Krankenkasse Basel (ÖKK) Orientierung über das Geschäftsjahr 2005 gemäss § 46 GKV. (WSD, 06.0783.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Hans Egli betreffend Abmähen von Grünflächen und Sauberhaltung. (BD, 05.8284.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Sebastian Frehner zum Ausländer-, Asyl- und Sozialhilfewesen sowie zu verübten Straftaten im Kanton Basel Stadt. (SiD, 05.8339.02)
- Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Heinrich Ueberwasser anstelle von Matthias Schmutz). (06.5166.01)
- Rücktritt per Ende Mai 2006 von Daniel Wunderlin als Mitglied des Grossen Rates (auf den Tisch des Hauses). (06.5172.01)
- Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Erika Paneth anstelle von Daniel Wunderlin). (06.5173.01)

3. Bericht der Begnadigungskommission zu vier Begnadigungsgesuchen.

(BEG) [07.06.06 09:09:18, BegnKo]

Die Begnadigungskommission beantragt,

- das Gesuch Nr. 1658 gutzuheissen und K.G. zu begnadigen
- das Gesuch Nr. 1659 abzulehnen und R.R. nicht zu begnadigen
- das Gesuch Nr. 1660 gutzuheissen und D.G. zu begnadigen
- das Gesuch Nr. 1661 gutzuheissen und B.T. zu begnadigen

Gemäss § 16 GO sowie § 20 Abs. 2 StrVG ist für die Begnadigung die Teilnahme von 80 Mitgliedern des Grossen Rates an der Abstimmung notwendig sowie die Zustimmung einer Mehrheit des Rates, mindestens aber 50 Mitglieder.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 106 zu 2 Stimmen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen, das Gesuch Nr. 1658 gutzuheissen und K.G. zu begnadigen.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 103 zu 0 Stimmen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen, das Gesuch Nr. 1659 abzulehnen und R.R. nicht zu begnadigen.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 94 zu 15 Stimmen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen, das Gesuch Nr. 1660 gutzuheissen und D.G. zu begnadigen.

Voten: *Doris Gysin, Präsidentin der Begnadigungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 zu 12 Stimmen, dem Antrag der Begnadigungskommission zuzustimmen, das Gesuch Nr. 1661 gutzuheissen und B.T. zu begnadigen.

4. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.

(EIN) [07.06.06 09:28:19, JD, 06.0706.01]

Der Regierungsrat beantragt mit Schreiben 06.0706.01 dreizehn Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht, unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates zur Wahl eines Strafbefehlsrichters für den Rest der laufenden Amtsdauer 2004 - 2009.

(WA) [07.06.06 09:29:11, WVKo, 06.5061.02]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und Herrn Georg Maurer als Strafbefehlsrichter für den Rest der laufenden Amtsperiode 2004 - 2009 zu wählen.

Voten: *Stephan Maurer, Präsident der Wahlvorbereitungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 75 gegen 0 Stimmen, die Wahlen in den Traktanden 5 - 10 **offen durchzuführen**, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen für offene Wahlen gegeben sind.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig:

anstelle des zurückgetretenen Andreas Meyer als Strafbefehlsrichter (25 Prozent) für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2009:

lic. iur. **Georg Maurer**, geb. 1964, Bäumlhofstrasse 393, 4125 Riehen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht des Büros des Grossen Rates über die Wahl der Leitung der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsdauer 2007 - 2011.

(WA) [07.06.06 09:33:20, Büro, 06.5143.01]

Das Büro des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und Herrn Daniel Dubois als Leiter der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt für die Amtsperiode vom 1. Februar 2007 - 31. Dezember 2011 zu wählen.

Voten: *Bruno Mazzotti, Referent des Büros des Grossen Rates*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 88 Stimmen bei 0 Enthaltungen:

1. Als Leiter der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt wird für die Amtsperiode vom 1. Februar 2007 bis 31. Januar 2011 gewählt: **Daniel Dubois**, geb. 18.11.1964 von Kilchberg ZH.
2. Der Stellenantritt erfolgt auf den 1. Januar 2007. Die Übernahme der Funktion erfolgt per 1. Februar 2007 mit der Pensionierung des heutigen Stelleninhabers.
3. Dem bisherigen Amtsinhaber Hans Bollier wird der Dank des Grossen Rates für seine langjährige engagierte Tätigkeit zum Wohle des Kantons Basel-Stadt ausgesprochen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl eines Mitglieds der Regiokommission (Nachfolge Tommy Frey).

(WA) [07.06.06 09:40:53]

Die SVP-Fraktion nominiert Roland Lindner (SVP) als Mitglied der Regiokommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Roland Lindner** als Mitglied der Regiokommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge Matthias Schmutz).

(WA) [07.06.06 09:41:48]

Die VEW-Fraktion nominiert Heinrich Ueberwasser (VEW) als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Heinrich Ueberwasser** als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Wahl eines Mitglieds der Wahlprüfungskommission (Nachfolge Matthias Schmutz)

(WA) [07.06.06 09:42:39]

Die VEW-Fraktion nominiert Heinrich Ueberwasser (VEW) als Mitglied der Wahlprüfungskommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Heinrich Ueberwasser** als Mitglied der Wahlprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

10. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Wahlprüfungskommission (Nachfolge Matthias Schmutz)

(WA) [07.06.06 09:43:05]

Die VEW-Fraktion nominiert Heinrich Ueberwasser (VEW) als Präsident der Wahlprüfungskommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Heinrich Ueberwasser** als Präsident der Wahlprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichts; stille Wahl.

(VAL) [07.06.06 09:43:50, WPKo, 06.0600.01]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben einzutreten und die Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichts zu validieren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die im Kantonsblatt vom 29. April 2006 publizierte, in stiller Wahl durchgeführte Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichts vom 29. April 2006 für gültig zu erklären.

Demnach ist gewählt worden: Dr. iur. **Stephan Wullschleger**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Orchester für die Jahre 2006/07 bis 2010/11.

(RAT) [07.06.06 09:44:50, BKK, ED, 06.0371.01]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und der Stiftung Basler Orchester pro Spielzeit eine Grundsубvention von CHF 12'507'000 unter Berücksichtigung der abgestuften Subventionskürzung und der Neuregelung des Mittelflusses an die Theatergenossenschaft Basel für Orchesterleistungen im Theater Basel im Betrag von CHF 6'300'000 pro Spielzeit sowie einen Beitrag an die die Kosten der Personalvorsorge von CHF 1'492'000 auszurichten.

Die SVP-Fraktion beantragt, in den Spielzeiten 2006/2007 bis 2010/2011 je CHF nur 6'207'000 auszusahlen.

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt folgende Ergänzung im Grossratsbeschluss:

3. Der Regierungsrat ist verpflichtet, mit der Stiftung Basler Orchester Neuverhandlungen aufzunehmen, sollte sich im Verlauf der Spielzeit erweisen, dass die Subventionsbedingungen (Businessplan, Finanzplan, Leistungsauftrag etc.) trotz aller Bemühungen nicht eingehalten werden können und dadurch Bestand und Qualität des Orchesters in der vorgesehenen Form gefährdet sind.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Oswald Inglin (CVP); Christine Wirz-von Planta (LDP); Joël A. Thüring (SVP); Daniel Stolz (FDP); Urs Joerg (VEW); Andrea Bollinger (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress: keine Bemerkungen.

Ziffer 1:

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, den Antrag der SVP-Fraktion **abzulehnen**.

Ziffer 2: keine Bemerkungen.

Antrag der Fraktion Grünes Bündnis (neue Ziffer 3)

Der Präsident weist darauf hin, dass mit dieser Ziffer 3 nur ein Auftrag an die Regierung erteilt werden soll, der Subventionsbeschluss damit aber nicht unter eine auflösende Bedingung gestellt wird.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 50 Stimmen, dem Antrag der Fraktion Grünes Bündnis **zuzustimmen**.

Publikationsklausel: keine Bemerkungen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 99 gegen 11 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stiftung Basler Orchester folgende Beiträge auszurichten:

1. Grundsубvention pro Spielzeit CHF 12'507'000 für die Periode 2006/07 bis 2010/11

Auf Grund der abgestuften Subventionskürzung und der Neuregelung des Mittelflusses an die Theatergenossenschaft Basel für Orchesterleistungen im Theater Basel im Betrag von CHF 6'300'000 pro Spielzeit (s. Ratschlag Kap. 5.3 Berechnung der Subvention und Vertrag zwischen der Stiftung Basler Orchester und Theatergenossenschaft Basel vom 16. März 2006) gelangen folgende Beträge zur Auszahlung:

1. Spielzeit 2006/2007 CHF 7'607'000
2. Spielzeit 2007/2008 CHF 7'407'000
3. Spielzeit 2008/2009 CHF 7'207'000
4. Spielzeit 2009/2010 CHF 6'207'000
5. Spielzeit 2010/2011 CHF 6'207'000

Budgetposition: KST 2808110, KA 365100, St.A. 280811000001

2. Fester, nicht indexierter Beitrag an die Kosten der Personalvorsorge pro Spielzeit: CHF 1'492'000

Budgetposition: KST 2808110, KA 365100, St.A. 280811000002

3. Der Regierungsrat ist verpflichtet, mit der Stiftung Basler Orchester Neuverhandlungen aufzunehmen, sollte sich im Verlauf der Spielzeit erweisen, dass die Subventionsbedingungen (Businessplan, Finanzplan, Leistungsauftrag etc.) trotz aller Bemühungen nicht eingehalten werden können und dadurch Bestand und Qualität des Orchesters in der vorgesehenen Form gefährdet sind.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2006 und 2007.

(RAT) [07.06.06 10:56:10, BKK, ED, 06.0611.01]

Der Regierungsrat beantragt, auf den Ratschlag einzutreten und den Allgemeinen Bibliotheken der GGG in den Jahren 2006 und 2007 eine Subvention von jährlich CHF 3'787'000 auszurichten.

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, in den Jahren 2006 und 2007 eine Subvention von jährlich CHF 4'126'750 auszurichten.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Daniel Stolz (FDP); Roland Stark (SP); Urs Joerg (VEW); Stephan Ebner (CVP); Christoph Zuber (DSP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Tommy E. Frey (SVP); Andreas C. Albrecht (LDP); Rolf Häring (Grünes Bündnis); Daniel Stolz (FDP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 76 gegen 30 Stimmen, dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission **zuzustimmen** und eine Subvention von jährlich CHF 4'126'750 auszurichten.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, den Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) in den Jahren 2006 und 2007 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von CHF 4'126'750 p.a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Sitzungsunterbruch: 11:59 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: Mittwoch, 7. Juni 2006, 15:00 Uhr

Mitteilung

Es ist eine Kleine Anfrage eingegangen:

- Kleine Anfrage Ernst Jost betreffend jobticket (06.5196)

Die Kleine Anfrage wird dem Regierungsrat zur Beantwortung **überwiesen**.

21. Neue Interpellationen.

Interpellation Nr. 45 Annemarie Pfister betreffend Schlechtwetterprogramm im Frauenbad Eglisee

(NIN) [07.06.06 15:04:12, ED, 06.5168.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Annemarie Pfister (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5168 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 46 Sebastian Frehner betreffend Verhandlungen zu einem Kompromissvorschlag für die Sanierung der Pensionskasse des Basler Staatspersonals

(NIN) [07.06.06 15:08:52, FD, 06.5170.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Sebastian Frehner (SVP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Sebastian Frehner (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 06.5170 ist **erledigt**.

Mitteilung

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: teilt mit, dass entgegen der Meldung aus der Staatskanzlei die Interpellationen 45, 46, 48, 51 und 52 mündlich beantwortet werden.

Interpellation Nr. 47 Christine Locher-Hoch betreffend Gesamtkonzept spezieller Förderprogramme

(NIN) [07.06.06 15:19:35, ED, 06.5181.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

Voten: *Christine Locher-Hoch (FDP)*

Interpellation Nr. 48 Emmanuel Ullmann betreffend Kostenvergleich kantonalen Schulen

(NIN) [07.06.06 15:21:33, 06.5180.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Emmanuel Ullmann (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 06.5180 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 49 Lukas Engelberger betreffend Volksinitiative "Nationalbankgewinne für die AHV" (KOSA-Initiative)

(NIN) [07.06.06 15:30:36, 06.5182.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP)*

Interpellation Nr. 50 Beatriz Greuter betreffend akutergeriatrische Vorsorge in beiden Basel

(NIN) [07.06.06 15:33:22, 06.5183.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 51 Stephan Ebner betreffend Demontage von Kinderspielgeräten

(NIN) [07.06.06 15:33:36, BD, 06.5184.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Stephan Ebner (CVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 06.5184 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 52 Heidi Mück betreffend Sicherheitsmängel an Spielanlagen und ausbleibender Unterhaltsarbeiten an Inneneinrichtung der Kindergärten

(NIN) [07.06.06 15:40:44, 06.5185.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 06.5170 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 53 Urs Joerg betreffend Aktion: Stark durch Erziehung

(NIN) [07.06.06 15:48:02, 06.5186.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 54 Daniel Stolz betreffend intelligenter Umgang mit renitenten Schülerinnen und Schüler

(NIN) [07.06.06 15:48:17, 06.5187.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 55 Ernst Jost betreffend "Sperrgutamnestie"

(NIN) [07.06.06 15:48:31, 06.5188.01]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat schriftlich beantwortet.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Das Museum der Kulturen hat eine Sammlung von Objekten der Waurá aus Brasilien erhalten. Es führt damit seinen seit den 50-er Jahren bestehenden Schwerpunkt im deutschsprachigen Raum fort, nämlich die Dokumentation der südamerikanischen Tieflandkulturen.

In diesem Zusammenhang begrüsse ich auf der Tribüne die Herren Atam ai Waurá, Kanaiu Atamai Waurá und Daikir Talatalakuma Waurá sowie aus dem „Museu de Arqueologia e Etnologia der Universität São Paulo“ Frau Sandra de la Torre Lacerda Campos (Ethnologin) *[Applaus]*.

14. Ausgabenbericht Historisches Museum Basel, Barfüsserkirche. Erneuerung der Dauerausstellung Ausstellungsbereich Südschiff.

(ABE) [07.06.06 15:51:09, BKK, ED, 06.0589.01]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und einen Beitrag von CHF 800'000 zu bewilligen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Edith Buxtorf-Hosch (LDP); Isabel Koellreuter (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Historischen Museum Basel werden brutto CHF 1'200'000, nach Abzug von Beiträgen Privater von CHF 400'000 netto CHF 800'000 zur Erneuerung der Dauerausstellung Barfüsserkirche, Südschiff bewilligt. Die Nettoausgaben verteilen sich auf die Jahre 2006 und 2007 mit je CHF 400'000.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

15. Ausgabenbericht betreffend Sportanlagen Bachgraben, Hegenheimermattweg 150, Allschwil. Allwetterplatz, Ersatz Tennenbelag durch Kunstrasen.

(ABE) [07.06.06 16:01:46, JSSK, ED, 06.0525.01]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und für den Ersatz des Tennenbelags durch einen Kunstrasen einen Kredit von CHF 1'000'000 zu bewilligen.

Voten: *Dieter Stohrer, Referent der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Ersatz des Tennenbelags durch Kunstrasen auf den Sportanlagen Bachgraben wird ein Kredit in der Höhe von CHF 1'000'000 (Index 110.2 Punkte, Stand April 2005, ZBI 1998), inkl. MwSt, zu Lasten der Rechnungen 2006 (CHF 100'000) und 2007 (CHF 900'000), Position Nr. 4201.840.26001, Finanzdepartement, Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

16. Ratschlag betreffend Werkstätten Baudepartement. Neubau auf dem Areal Leimgrubenweg. Umwidmung Liegenschaft Maiengasse in das Finanzvermögen.

(RAT) [07.06.06 16:08:06, BRK, BD, 02.1802.04]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten, für den Bau und die Einrichtung des Werkstatt- und Lagergebäudes einen Gesamtkredit von CHF 9'910'000 zu bewilligen und die Liegenschaft Maiengasse 7/11 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen umzuwidmen.

Voten: *Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Anita Lachenmeier-Thüring (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für den Bau und die Einrichtung des Werkstatt- und Lagergebäudes auf dem Areal Leimgrubenweg wird zu Lasten der Rechnungen 2006 – 2008 ein Gesamtkredit von brutto CHF 9'910'000 (Index April 2005, 110.2 Punkte, Basis ZBI 1998) mit einer Aufteilung des Kredites wie folgt bewilligt:

CHF 9'213'000 im Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teilbereich Übrige, Position 4206.250.26001 (Finanzdepartement, Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr)

und

CHF 697'000 im Investitionsbereich Übriges, Position 6510.250.26000 (Baudepartement, Hochbau- und Planungsamt, Hauptabteilung Hochbau)

Die Subventionsbeiträge an die Fotovoltaikanlage von rund CHF 200'000 sind dem Kredit gutzuschreiben.

2. Die Liegenschaft Maiengasse 7/11 (Basel, Sektion I/1179) wird vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen umgewidmet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

17. Ausgabenbericht betreffend Strafgericht, Schützenmattstrasse 20 , 4051 Basel, Neubau Eingangszone.

(ABE) [07.06.06 16:21:28, BRK, BD, 06.0327.01]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und einen Kredit von CHF 1'160'000 für den Neubau der Eingangszone des Strafgerichts zu bewilligen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für den Neubau der Eingangszone des Strafgerichtes an der Schützenmattstrasse 20, 4051 Basel, wird ein Kredit von CHF 1'160'000 (Index 107,6 Punkte, Stand April 2004, ZBI 1998), inkl. Mehrwertsteuer, zu Lasten der Rechnungen 2006 (CHF 60'000), 2007 (CHF 1'000'000) und 2008 (CHF 100'000), Position Nr. 4200.180.26000, Finanzdepartement, Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

18. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1161.01 betreffend Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005.

(BER) [07.06.06 16:22:59, FKom, FD, 05.1161.02]

Die Finanzkommission des Grossen Rates und der Regierungsrat beantragen, auf den Bericht einzutreten und der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) beizutreten.

Voten: *Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Mustafa Atici (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Kanton Basel-Stadt tritt der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005 bei.
2. Der Regierungsrat wird ermächtigt, den Beitritt zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich vom 24. Juni 2005 zu erklären.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005 ist im Kantonsblatt Nr. 44 vom 10. Juni 2006, Seite 828 – 830 publiziert.

19. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Ratschlag und Entwurf Nr. 05.1927.01 zu einer Änderung des Gesetzes betreffend Kantonale Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie zu einem Nachtragskredit für die Renditegarantie der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Jahr 2002.

(BER) [07.06.06 16:37:55, GSK, WSD, 05.1927.02]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates und die beigezogene Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und diesen an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine Vorlage betreffend Liquidation der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung vorzulegen.

Der Regierungsrat widersetzt sich dem Rückweisungsantrag nicht.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission; Sebastian Frehner, Referent der Finanzkommission; RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine Vorlage betreffend Liquidation der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung vorzulegen.

20. Ausgabenbericht betreffend Integration der Augenklinik ins Areal des Universitätsspitals Basel: Kredit für das Vorprojekt.

(ABE) [07.06.06 16:51:58, GSK, GD, 06.0068.01]

Der Regierungsrat und die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und einen Kredit von CHF 540'000 zur Realisierung des Vorprojekts zu bewilligen.

Voten: *Philippe Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung: zur Realisierung des Vorprojekts "Integration der Augenklinik ins Areal des Universitätsspitals Basel" wird einen Kredit von CHF 540'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

22. Anzüge 1 - 6.

Anzug Nr. 1 Roland Stark und Konsorten betreffend Bewilligungsverfahren für Veloabstellanlagen in Vorgärten

(NAZ) [07.06.06 16:55:47, BD, 06.5125.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug Nr. 2 Fabienne Vuillamoz und Konsorten betreffend gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft

(NAZ) [07.06.06 16:56:15, ED, 06.5127.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug Nr. 3 Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Kulturvermittlung in den Schulen.

(NAZ) [07.06.06 16:56:33, ED, 06.5128.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Joël A. Thüring (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Fabienne Vuillamoz (SP); Martin Lüchinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug Nr. 4 Stephan Maurer und Konsorten betreffend Verbesserung der ÖV-Verbindungen auf das Bruderholz und zum Bruderholzspital

(NAZ) [07.06.06 17:05:09, WSD, 06.5136.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Markus G. Ritter (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beatriz Greuter (SP); Stephan Maurer (DSP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 61 gegen 15 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug Nr. 5 Stephan Maurer und Konsorten betreffend Realisierung eines Nachtbusnetzes

(NAZ) [07.06.06 17:11:52, WSD, 06.5137.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Felix Meier (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Lorenz Nägelin (SVP); Dominique König-Lüdin (SP); Stephan Maurer (DSP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

Anzug Nr. 6 Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend nachhaltige Integration arbeitsloser Jugendlicher

(NAZ) [07.06.06 17:22:53, WSD, 06.5139.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Voten: *Toni Casagrande (SVP); Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis); Urs Joerg (VEW); Peter Malama (FDP); Martina Saner (SP); Annemarie von Bidder (VEW)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen, den Anzug dem Regierungsrat zu **überweisen**.

23. Schreiben des Büros des Grossen Rates zum Anzug Margrith von Felten und Konsorten betreffend angemessene Vertretung von Frauen im Grossratspräsidium.

(SAA) [07.06.06 17:33:27, Büro, 05.8189.02]

Das Büro des Grossen Rates beantragt, den Anzug 05.8189 abzuschreiben.

Voten: *Annemarie von Bidder, Referentin des Büros*

Margrith von Felten (Grünes Bündnis): beantragt, den Anzug stehen zu lassen und ihn einer Spezialkommission zu überweisen.

Voten: *Annemarie von Bidder, Referentin des Büros*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 49 gegen 22 Stimmen, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 05.8189 ist **erledigt**.

24. Beantwortung der Interpellation Nr. 37 Joël Thüring betreffend Ausgaben des Sportamts Basel-Stadt.

(BIN) [07.06.06 17:44:31, ED, 06.5144.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Joël A. Thüring (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5144 ist **erledigt**.

25. Beantwortung der Interpellation Nr. 40 Maria Berger-Coenen betreffend Öffnung der "Passerelle" von der Fachmatur zur allgemeinen Hochschulreife am Staatlichen Abendgymnasium Basel (Maturitätskurse für Berufstätige).

(BIN) [07.06.06 17:48:40, ED, 06.5148.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Maria Berger-Coenen (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5148 ist **erledigt**.

26. Beantwortung der Interpellation Nr. 42 Christine Wirz-von Planta betreffend beabsichtigte Verkürzung der Dauer des Gymnasiums.

(BIN) [07.06.06 17:50:16, ED, 06.5150.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 06.5150 ist **erledigt**.

27. Beantwortung der Interpellation Nr. 44 Emmanuel Ullmann betreffend Baustellenstadt Basel.

(BIN) [07.06.06 17:54:38, BD, 06.5152.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Emmanuel Ullmann (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 06.5152 ist **erledigt**.

Andreas Burckhardt, Grossratspräsident: beantragt, die Sitzung abzubrechen, auf die Fortsetzungssitzung zu verzichten und die verbleibenden Geschäfte an der ausserordentlichen Sitzung vom 28./29. Juni 2006 zu behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Sitzung abzubrechen und auf die Fortsetzungssitzung vom 14. Juni 2006 zu verzichten.

Die folgenden nicht behandelten Geschäfte werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 28./29. Juni 2006 übertragen:

- 28. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt. (BD, 04.8094.02)
- 29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Entlastung des Agglomerationsverkehrs (BD, 04.7863.02)
- 30. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Alder Finzen und Konsorten betreffend Ausschreibung eines Wettbewerbs für eine ganzheitliche, nachhaltige Stadt- und Raumplanung. (BD, 04.7824.02)
- 31. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Roland Stark und Konsorten betreffend Erweiterung des Bussenkatalogs für Abfallsünder. (BD, 04.7923.02)
- 32. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Susanne Haller und Konsorten betreffend Umzonung des Pumpwerks Lange Erlen in die Zone für Intensiv-Erholung. (BD, 04.7928.02)
- 33. Beantwortung der Interpellation Nr. 41 Tanja Soland betreffend international geächtete Munition. (SiD, 06.5149.02)
- 34. Beantwortung der Interpellation Nr. 43 Ruth Widmer betreffend Situation des Konzertkellers Hirscheneck. (FD, 06.5151.02)
- 35. Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Michel-Remo Lussana betreffend unrechtmässig bezogener Sozialhilfeleistungen. (WSD, 06.5141.02)

Schluss der Sitzung: 17:57 Uhr.

Basel, 8. Juni 2006

Andreas Burckhardt
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Validierung der Ersatzwahl eines Präsidenten des Appellationsgerichts vom 21. Mai 2006.			06.0600.01
2.	Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.		JD	06.0706.01
3.	Bericht des Büros des Grossen Rates über die Wahl der Leitung der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt.	Büro		06.5143.01
4.	Schreiben des Büros des Grossen Rates zum Anzug Margrith von Felten und Konsorten betreffend angemessene Vertretung der Frauen im Grossratspräsidium.	Büro		05.8189.02
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Susanne Haller und Konsorten betreffend Umzonung des Pumpwerks Lange Erlen in die Zone für Intensiv-Erholung.		BD	04.7928.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christine Kaufmann und Konsorten betreffend Löschwasserversorgung in Basel-Stadt.		BD	04.8094.02
7.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1161.01 betreffend Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich IRV vom 24. Juni 2005.	FKom	FD	05.1161.02
8.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 05.1927.01 betreffend Änderung des Gesetzes betreffend die Kantonale Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie Nachtragskredit für die Renditengarantie der Kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung für das Jahr 2002.	GSK	WSD	05.1927.02
9.	Ausgabenbericht Historisches Museum Basel, Barfüsserkirche. Erneuerung der Dauerausstellung Ausstellungsbereich Südschiff.	BKK	ED	06.0589.01
10.	Ausgabenbericht betreffend Sportanlagen Bachgraben, Hegenheimermattweg 150, Allschwil. Allwetterplatz, Ersatz Tennisbelag durch Kunstrasen.	JSSK	BD	06.0525.01
11.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Stiftung Basler Orchester für die Jahre 2006/07 bis 2010/11.	BKK	ED	06.0371.01
12.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Allgemeinen Bibliotheken der GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2006 und 2007.	BKK	ED	06.0611.01
13.	Bericht der Begnadigungskommission zu vier Begnadigungsgesuchen.	BegnKo		
Überweisung an Sachkommissionen				
14.	Ratschlag betreffend Geviert zwischen Aeschenvorstadt, Henric Petri-Strasse, Elisabethenstrasse und Sternengasse ("Drachen-Center"). Zonenänderung sowie Erlass eines Bebauungsplans.	BRK	BD	06.0564.01
15.	Ratschlag betreffend Erneuerung der Bewilligung eines Staatsbeitrages an die REGIO BASILIENSIS (Interkantonale Koordinationsstelle IKRB und Verein) sowie an das gemeinsame Sekretariat der Deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz für die Jahre 2007 - 2010.	RegioKo	JD	05.1073.01
16.	Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG) sowie Bericht zur Motion Silvia Schenker und Konsorten betreffend Nachbesserung des Gesetzes über die Einführung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung sowie über die Ausrichtung von kantonalen Beihilfen (EG/ELG).	GSK	WSD	06.0579.01/ 03.7495.03

- | | | | | |
|-----|--|--|----|------------|
| 17. | Ratschlag und Entwurf zu Änderungen (Anpassung der Gesetzgebung an die neue Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005).
A: Gesetz betreffend Initiative und Referendum (IRG)
B: Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (Wahlgesetz)
C: Gesetz über Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG)
D: Gesetz über die Haftung des Staates und seines Personals (Haftungsgesetz, HG)
E: Gesetz betreffend die Tagesbetreuung von Kindern (Tagesbetreuungsgesetz). | Spez.Ko.
für die Um-
setzung
der neuen
Verfassung | JD | 05.0699.01 |
| 18. | Ratschlag betreffend die Bewilligung des Ankaufkredites der Öffentlichen Kunstsammlung Basel für die Jahre 2006 – 2009. | BKK | ED | 05.1076.01 |

Überweisung an Kommissionen mit besonderen Aufgaben

- | | | | | |
|-----|--|--------------|--|------------|
| 19. | Petition P234 betreffend einem anwohnerfreundlichen Wielandplatz. | PetKo | | 06.5159.01 |
| 20. | Petition P235 der Angehörigen der Sanität Basel betreffend unbezahlte Verpflegungspause. | PetKo | | 06.5158.01 |

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- | | | | | |
|-----|---|--------------|----|------------|
| 21. | Anzüge: | | | |
| | a) Peter Howald und Konsorten betreffend Versand von Wahl- und Abstimmungsunterlagen der politischen Parteien; | | | 06.5153.01 |
| | b) Martina Saner und Konsorten betreffend Reduktion der Sozialhilfeabhängigkeit von jungen Erwachsenen; | | | 05.5156.01 |
| | c) Christine Heuss und Konsorten betreffend Ersatz des Alterpräsidiums bei der Legislatureröffnung; | | | 06.5157.01 |
| | d) Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Tram-Doppelspurausbau beim Zolli; | | | 06.5162.01 |
| | e) Jörg Vitelli und Konsorten betreffend genossenschaftlicher Wohnungsbau auf dem Areal Hegenheimerstrasse 139; | | | 06.5163.01 |
| | f) Christophe Haller und Konsorten betreffend Evaluation des Stromsparfonds Basel; | | | 06.5164.01 |
| 22. | Planungsanzüge: | | | |
| | a) Doris Gysin und Konsorten betreffend „Familienfreundliches Basel“. | | | 06.5161.01 |
| | b) Dominique König-Lüdin betreffend Lärmschutz entlang der A1, im Politikplan 2007-2009, Politikbereiche Kapitel 4.7. "Stadt und Verkehr". | | | 06.5171.01 |
| 23. | Bericht der Petitionskommission betreffend P217 „Keine Glaspaläste am Rhein und in der Altstadt – menschliche Architektur“. | PetKo | | 05.8196.02 |
| 24. | Bericht der Petitionskommission betreffend P224 „Für Massnahmen gegen Geländefahrzeuge in dichtbesiedelten Gebieten“. | PetKo | | 05.8372.02 |
| 25. | Bericht der Petitionskommission betreffend P232 „Pro 4Plus“. | PetKo | | 06.5059.02 |
| 26. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates zum Ratschlag Nr. 06.0032.01 betreffend Kaserne Basel; Gesamtsanierung und Umbau; 2. Etappe. | BKK | BD | 06.0032.02 |

Kenntnisnahme

- | | | | | |
|-----|---|--|--|------------|
| 27. | Rücktritt des Herrn Tommy Frey als Mitglied der Regiokommission (auf den Tisch des Hauses). | | | 06.5160.01 |
| 28. | Rücktritt des Herrn Matthias Schmutz als Mitglied des Grossen Rates (auf den Tisch des Hauses). | | | 06.5154.01 |

- | | | | |
|-----|---|-----|---------------------------|
| 29. | Rücktritt des Herrn Dr. Carlo Alberto Di Bisceglia als ordentlicher Richter am Zivilgericht Basel-Stadt (auf den Tisch des Hauses). | | 06.5155.01 |
| 30. | Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen 1. Jürg Merz und Konsorten betreffend Schaffung einer bi-kantonalen Fachstelle für psychiatrische Rehabilitation; 2. Heidi Hügli und Konsorten betreffend frühzeitiger, umfassender und auf Wiederintegration hinführender Begleitung psychisch erkrankter Menschen (stehen lassen). | GD | 04.7859.02/
04.7976.02 |
| 31. | Schreiben des Regierungsrates zur Öffentlichen Krankenkasse Basel (ÖKK) Orientierung über das Geschäftsjahr 2005 gemäss § 46 GKV. | WSD | 06.0783.01 |
| 32. | Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Hans Egli betreffend Abmähen von Grünflächen und Sauberhaltung. | BD | 05.8284.02 |
| 33. | Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Sebastian Frehner zum Ausländer-, Asyl- und Sozialhilfewesen sowie zu verübten Straftaten im Kanton Basel Stadt. | SiD | 05.8339.02 |
| 34. | Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Heinrich Ueberwasser anstelle von Matthias Schmutz). | | 06.5166.01 |
| 35. | Rücktritt per Ende Mai 2006 von Daniel Wunderlin als Mitglied des Grossen Rates (auf den Tisch des Hauses). | | 06.5172.01 |
| 36. | Wiederbesetzung einer Grossratsstelle (Erika Paneth anstelle von Daniel Wunderlin). | | 06.5173.01 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Planungsanzüge

a) Planungsanflug „Familienfreundliches Basel“

06.5161.01

Die Schwerpunkte des nächstfolgenden Politikplans sind unter 3.7 mit dem neuen Schwerpunkt „Familienfreundliches Basel“ zu ergänzen.

Begründung:

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Geburtenzahlen in der Schweiz sind niedrig. Die Begleitumstände von Armut in Familien mit Kindern haben häufig lebenslange Folgen. Wenn Basel sich - noch stärker als bisher - als geeigneter Wohnort und als Lebenszentrum für Familien präsentieren will, dann gilt es, sich stärker im Bereich der Familienpolitik zu engagieren. Wichtige Themen sind dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung von sozial schwachen Familien, die Anerkennung der Leistungen von Familien, die Verbesserung der Wohnsituation und des Wohnumfeldes für Familien. Diese und andere Aufgaben werden in Basel-Stadt, wie beim Schwerpunkt Integration, von verschiedenen Departementen als Querschnittsaufgabe wahrgenommen. Auf diesem Themenfeld ist Kohärenz und Kontinuität - auch als Standortvorteil - von grösster Wichtigkeit.

Mit einem Schwerpunkt „Familienfreundliches Basel“ können folgende Forderungen besser erfüllt werden:

- Die Regierung muss diesem Thema eine besondere Aufmerksamkeit schenken.
- Die bereits vorhandenen Angebote und Massnahmen können so besser koordiniert und kommuniziert werden. Dadurch erhöht sich die Aussenwirkung und der Bereich der Familienförderung, gemeint sind alle familienpolitischen Massnahmen, erfährt die nötige, dringende und ihr zustehende Aufwertung.
- Die von verschiedenen Departementen durchgeführten Einzelmassnahmen sind durch eine kohärente und einheitlich wahrnehmbare Politik zur Förderung von Familien zu bündeln. Die Departemente werden zu einer verstärkten interdepartementalen Zusammenarbeit verpflichtet.
- Es wird ein Bündnis für Familien (ähnlich den Bündnissen in Deutschland) konzipiert und etabliert, das sich mit den oben genannten familienpolitischen Themen befasst.

Doris Gysin, Annemarie Pfeifer, Hansjörg Wirz, Urs Joerg, Heidi Mück, Markus Benz, Anita Lachenmeier-Thüring, Christine Keller, Gisela Traub, Sibylle Benz Hübner, Annemarie von Bidder, Rolf Häring, Stephan Maurer, Irène Fischer-Burri, Michael Martig, Brigitte Hollinger, Daniel Wunderlin, Michael Wüthrich, Lukas Labhardt, Dominique König-Lüdin, Talha Ugur Camlibel, Maria Berger-Coenen, Brigitte Heilbronner-Uehlinger

b) Planungsanflug betreffend Lärmschutz entlang der A1 im Politikplan 2007-2009, Politikbereiche Kapitel 4.7. "Stadt und Verkehr"

06.5171.01

Die Politischen Ziele im Politikbereich Kap. 4.7. "Stadt und Verkehr" sind wie folgt zu ergänzen:

" In diesem Zusammenhang verfolgt der Regierungsrat die folgenden ZieleDie Umweltlasten des Verkehrs wie Luftverschmutzung oder Lärm und Energieverbrauch werden gesamthaft minimiert. Im Besonderen soll die Lärmsanierung des nationalen und internationalen Verkehrskorridors mit der Überdeckung oder Einhausung des Autobahn - und Eisenbahntrasses zwischen Gellertdreieck und Badischem Bahnhof aktiv vorangetrieben werden."

Begründung:

Die Lärmbelastung entlang des Autobahn- und Eisenbahnkorridors Osttangente ist seit Jahren ein grosses Problem für die Wohnquartiere und ihre Bevölkerung. Auf der Hauptverkehrsachse Nord-Süd nimmt der Auto- und Bahnverkehr stetig zu. Im Jahre 1975 verkehrten auf der Osttangente täglich 30'000 Motofahrzeuge, heute 30 Jahre später sind es über 1'000'000. Markante Lärmzunahmen sind durch den nächtlichen Ferienverkehr, die 40-Töner und dem Ausbau der Bahnlinie als Huckepack-Korridor zu verzeichnen. Dieser Autobahnabschnitt gehört zu den am meisten befahrenen Strassen in der Schweiz. Ein Neubauprojekt der 2. Eisenbahnbrücke über den Rhein wird vorangetrieben und im Bereich Gellertdreieck soll die Autobahn auf weitere Spuren ausgebaut werden. Einige Lärmschutzmassnahmen wurden in den Quartieren realisiert. Doch können diese Vorkehrungen langfristig nicht genügen. Um den Wohnquartieren entlang des Verkehrskorridors eine wohnliche Zukunft zu ermöglichen, braucht es weitergehende Lärmschutzmassnahmen. Eine Einhausung oder Überdeckung auf der Strecke Bad. Bahnhof bis Gellertdreieck muss vorangetrieben und umgesetzt werden. Ohne aktive Massnahmen wird sich die Wohnqualität weiter verschlechtern, was über kurz oder lang eine Verslumung zur Folge haben wird. Dies steht im krassen Widerspruch zu den Bestrebungen der Regierung, aktive Wohnumfeldaufwertung zu betreiben. Neben der Finanzierung durch den Kanton können für Lärmschutzmassnahmen entlang den Bundesstrassen auch

Bundesgelder eingefordert werden. Der Regierungsrat soll sich aktiv für die Mitfinanzierung beim Bund einsetzen und dem Grossen Rat eine Projektvorlage vorlegen.

Dominique König-Lüdin

Anzüge

a) Anzug betreffend Versand von Wahl- und Abstimmungsunterlagen der politischen Parteien

06.5153.01

Die politischen Parteien versuchen mit teilweise grossem und kostspieligem Aufwand, jeweils vor Abstimmungen und Wahlen, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu erreichen. Auf der einen Seite werden z.B. Wahl- und Abstimmungszeitungen in alle Haushaltungen verschickt oder mit grossem Aufwand selber gesteckt.

Diese Wahl- und Abstimmungsinformationen gelten nicht als Werbung und können deshalb an alle Haushaltungen verteilt werden, auch wenn Werbung per Kleber nicht erwünscht ist. Die Verteil- und Steckaktionen von Parteien erreichen auch alle nicht stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner von Basel.

Die diesbezüglichen professionellen Angebote sind teuer; es gibt in diesem Zusammenhang auch keine massgeschneiderten Angebote für die politischen Parteien. Ein gezielter Versand ausschliesslich an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist nirgends vorgesehen. Aus Gründen des Datenschutzes werden die Adressen der stimm- und wahlberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner nicht zugänglich gemacht.

Aus diesen Gründen bitte ich die Regierung zu prüfen, ob ein Versand von Wahl- und Abstimmungsunterlagen der Parteien durch den Kanton organisiert werden kann. Dies für die Stimmberechtigten, die im Kanton wohnhaft sind; sowie für die im Kanton eingeschriebenen AuslandschweizerInnen. Dieser Versand könnte direkt mit dem Stimmrechtsausweis (Couvert) oder mit einem speziellen Versand erfolgen. In jeden Fall müssten sich die Parteien an den Kosten beteiligen, damit diese Dienstleistung kostenneutral ist. Auch die Bestimmungen des Datenschutzes müssen sichergestellt sein.

Es gibt genügend erfolgreiche Beispiele wo Gemeinden oder Kantone mit einer speziellen Dienstleistung (vor allem im Zusammenhang mit Wahlen) einspringen. In Riehen wird mit Hilfe der Parteien ein spezieller Versand organisiert. Über Grösse, Umfang und Gewicht gibt es eine spezielle Regelung. In anderen Kantonen ist es z.B. möglich, sämtliche Wahlprospekte der Parteien, ebenfalls reglementiert, direkt mit dem Wahl- und Abstimmungsumschlag zu verschicken. So gibt es zum Beispiel im Kanton Solothurn folgende Regelung:

*Die Herstellung des Wahlpropagandamaterial ist Sache der an den Wahlen teilnehmenden Parteien. Das Wahlpropagandamaterial darf (gefaltet) **höchstens** das Format **A5** aufweisen und nicht mehr als 50 Gramm wiegen (zusammen mit dem Material für die Regierungsratswahlen nicht mehr als 100 Gramm).*

Zusätzliche Wahlzettel werden neu nicht mehr mit den Zustellkuverts versandt

Sie dürfen somit nicht in das Propagandamaterial hineingelegt werden.

Wir bitten deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob im vorgängig beschriebenen Sinn eine entsprechende Dienstleistung des Kantons möglich wäre. Diese Dienstleistung kann ein Beitrag zur Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung sein.

Peter Howald, Dominique König-Lüdin, Markus Benz, Urs Müller-Walz, Irène Fischer-Burri, Thomas Baerlocher, Sabine Suter, Jürg Stöcklin, Christine Keller, Martin Lüchinger, Beat Jans, Anita Heer, Bruno Suter, Philippe Pierre Macherel, Susanna Banderet-Richner, Roland Engeler, Esther Weber Lehner, Jan Goepfert, Sibylle Benz Hübner, Michel-Remo Lussana

b) Anzug betreffend Reduktion der Sozialhilfeabhängigkeit von jungen Erwachsenen

06.5156.01

In Basel-Stadt gibt es eine beachtliche Anzahl von kantonalen und privaten Angeboten, die Jugendliche während der Ausbildung/Lehre und beim Einstieg ins Berufsleben unterstützen.

Für Jugendliche ohne Anschlussprogramm sind bis jetzt keine weiteren Hilfsstrukturen vorhanden, sie „verschwinden“ in ihrem familiären Umfeld.

Rund 10% der 944 SchulabgängerInnen (Brückenangebot) haben laut aktuellster Abgangstatistik 04/05 keine Anschlusslösung, weitere 20% nur eine vorübergehende Lösung, wie Praktika, Job oder Lehrvertrag in Abklärung. 50% der Jugendlichen treten in eine Vorlehre oder Lehre ein, sollten sie nicht reüssieren, werden sie unter Umständen ebenfalls sozialhilfebedürftig.

Jenes Drittel, welches über gar keine oder nur kurzfristige Anschlusslösungen verfügt, hat in der Regel während 2 -3 Jahren kaum Kontakt mit unterstützenden Strukturen, um dann in seelisch und teilweise auch körperlicher schlechter Verfassung bei der Sozialhilfe wieder aufzutauchen. Beobachtungen und Studien¹ zeigen dabei: Je länger die Tagesstruktur fehlt, die Misserfolgserlebnisse bzgl. Lehrstelle oder Job und damit die Selbstentwertung andauern, desto stärker ist die soziale Deprivation.

Entsprechend aufwändig werden die Sozialhilfemassnahmen für die Betroffenen. Oft muss viel Zeit investiert werden, bis die jungen Erwachsenen so weit aufgebaut sind, dass sie - wenn überhaupt - in eine Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Je länger die Sozialhilfeabhängigkeit aber dauert, desto schlechter werden die Chancen für einen Integrationserfolg und die dauerhafte Ablösung.

Damit wird deutlich, dass diesen 2-3 Jahren nach Schulabgang dringend mehr Aufmerksamkeit zukommen muss. Sie sind für die Integrationschancen entscheidend. Massnahmen müssen dahingehend greifen, Jugendliche möglichst gar nicht erst sozialhilfebedürftig werden zu lassen.

Zur Erreichung dieses Ziels sind nachstehende Massnahmen zu prüfen und umzusetzen:

1. Installation eines Sozialmonitorings in folgendem Sinne:
 - a) Generierung von weiterem Wissen über den Verbleib, Berufserfolg/Misserfolg oder Lehrabbruch der Jugendlichen während der erwähnten Zeit.
 - b) Jeder/jedem AbgängerIn ohne Anschlusslösung wird auf freiwilliger Basis eine Begleitperson zur Seite gestellt, insbesondere auch für fremdsprachige Mädchen.
2. Ausweitung des bereits erfolgreich funktionierenden Mentoringprogramms² für den unter 1 b) erwähnten Zweck.
3. Angebote im Jugend-Freizeitbereich wie Mobile Jugendarbeit, Eulerstrasse 9 und BFA richten einen Teil, oder ihren ganzen Auftrag, spezifisch auf die intensivierte Motivationsarbeit, Triagierung und Vernetzung mit Hilfsangeboten aus. Der Mobilen Jugendarbeit kommt dabei wegen ihres aufsuchenden Ansatzes besondere Bedeutung zu, ihre Mittel sind aufzustocken.
4. Die privaten und kantonalen Hilfsangebote müssen besser -und vor allem früher- vor Schulaustritt mit der Schule verknüpft werden.
5. Die Schulsozialarbeit soll im Sinne einer Früherfassung auf die OS Stufe und die Primarschule ausgeweitet werden.
6. Bildungsferne Eltern und jene aus dem Migrationsbereich müssen verstärkt bzgl. Arbeitsintegration ihrer Jugendlichen mit familienfördernden Massnahmen und mit Elternbildung unterstützt werden.

Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die beschriebene Zeitspanne für Jugendliche ohne Anschlusslösung eine besondere Gefährdung bedeutet und die Hilfsangebote zum jetzigen Zeitpunkt noch ungenügend oder zu wenig wirksam sind?

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

Ob und in welcher Form die aufgelisteten Massnahmen in die Arbeit der Strategieguppe Jugendarbeitslosigkeit und in das Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufgenommen und umgesetzt werden können.

¹ *Drilling Matthias, „18- 25 jährige Bezügerinnen und Bezüger von Fürsorgeleistungen“. Basler Institut für Sozialforschung und Sozialplanung, FHSAbB, Dezember 2000*

Drilling Matthias, „Young working poor“, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004

² *„Mentoring“ ist ein erfolgreich, voll ausgelastetes Projekt des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung Basel-Stadt. Das Projekt stellt Jugendlichen ehrenamtliche HelferInnen, sogenannte Mentoren zur Seite, welche die Jugendlichen bei der Lehrstellensuche und während der Lehre in einem 1:1 Coaching unterstützen, begleiten und motivieren. Insbesondere für jene, die keine oder nur wenig Hilfe aus dem familiären Umfeld haben (häufig auch jugendliche MigrantInnen) wirkt sich diese Unterstützung sehr positiv aus.*

Martina Saner, Gabi Mächler, Roland Engeler-Ohnemus, Beat Jans, Michael Martig, Isabel Koellreuter, Jan Goepfert, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Andrea Bollinger, Brigitte Strondl, Hasan Kanber, Martin Lüchinger, Philippe Pierre Macherel, Hans Baumgartner, Gisela Traub, Hermann Amstad, Ernst Jost, Noëmi Sibold, Maria Berger-Coenen, Bruno Suter, Sibylle Benz Hübner, Talha Ugur Camlibel, Dominique König-Lüdin, Christine Keller, Peter Howald, Thomas Baerlocher, Claudia Buess, Fabienne Vulliamoz, Gülsen Oeztürk, Sabine Suter, Mustafa Atici, Beatriz Greuter, Doris Gysin, Daniel Wunderlin, Jörg Vitelli, Francisca Schiess, Brigitte Hollinger, Tanja Soland

c) Anzug betreffend Ersatz des Alterspräsidiums bei der Legislatureröffnung

06.5157.01

Wir stecken zwar noch mitten in der laufenden Legislaturperiode, doch sind bereits jetzt Überlegungen und Gesetzesänderungen notwendig, um die konstituierende Sitzung des neuen (nach Kantonsverfassung verkleinerten) Grossen Rates anders zu gestalten.

Nach § 11 Abs. 2 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO SG 152.100) führt das älteste anwesende Ratsmitglied den Vorsitz und führt auch die Wahlen durch.

Dies ist wohl eine Referenz ans Alter, doch nach Ansicht der Unterzeichnenden nicht mehr zeitgerecht, verjüngt sich der Rat doch laufend. Sinnvoll wäre es, wenn in der ersten Sitzung der Legislaturperiode auch das jüngste anwesende Mitglied zu Worte kommen kann, wie dies bereits der Nationalrat kennt (Art.1 des Geschäftsreglementes des Nationalrates SR 171.13. Ähnlich ist auch die Regelung im Zürcher Kantonsrat gemäss § 3 des Kantonsratsgesetzes vom 5. April 1981).

§ 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung könnte z.Bsp. folgendermassen formuliert werden:

„Nach Neuwahlen erfolgt die Wahl in der ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode. Das älteste und das jüngste anwesende Mitglied des Grossen Rates eröffnen gemeinsam die konstituierende Sitzung. Sie halten ihre Ansprache in alphabetischer Reihenfolge. Das Mitglied, das als zweites gesprochen hat, führt die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin durch. Der Präsident oder die Präsidentin übernimmt anschliessend den Vorsitz.“

Die Unterzeichnenden bitten deshalb das Büro zu prüfen und zu berichten, ob die Geschäftsordnung nicht in obigem Sinne geändert werden kann.

Christine Heuss, Baschi Dürr, Daniel Stolz, Urs Schweizer, Christine Locher-Hoch, Peter Malama, Ernst Mutschler, Christine Wirz-von Planta, Christian Egeler, Felix Meier, Rolf Stürm, Christophe Haller, Dominique König-Lüdin, Brigitte Hollinger

d) Anzug betreffend Tram-Doppelspurausbau beim Zolli!

06.5162.01

Zwischen dem alten Gaswerkgebäude und der Haltestelle Zolli hat es in Basel-Stadt die letzte einspurige Gleisführung im Basler-Tramnetz. Aus dem Leimental kommen zwei wichtige Tramlinien in die Stadt, die Linie 10 und die Einsatzlinie 17. Dank der erfreulichen Zunahme der Fahrgäste haben die BLT in den letzten Jahren den Fahrplan verdichtet. In absehbarer Zeit ist vorgesehen, weitere Tramkurse einzusetzen und wie in der Stadt der 7-1/2 Minuten-Takt einzuführen. Nebst dem Spiesshöfli in Binningen ist der Einspurabschnitt beim Zolli der letzte Engpass für einen reibungslosen Trambetrieb. Eine Eliminierung dieser Einspurstrecke würde die Fahrplanstabilität verbessern und die gegenseitige Trambehinderung aufheben. Derzeit laufen Planungen für die Neugestaltung der Grün- und Freiflächen zwischen der Heuwaage und dem Zolli-Eingang. Dieser Umstand bietet die Möglichkeit den Ausbau dieser Einspurstrecke auf Doppelspur zu planen und umzusetzen.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob mit der Umgestaltung des Grün- und Freiraums zwischen der Heuwaage und dem Zolli der einspurige Tramgeleiseabschnitt auf Doppelspur ausgebaut werden kann.

Jörg Vitelli, Gabi Mächler, Dominique König-Lüdin, Stephan Maurer, Roland Engeler-Ohnemus, Hermann Amstad, Peter Howald, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Maria Berger-Coenen, Martina Saner, Christine Keller, Sibylle Benz Hübner, Andrea Bollinger, Brigitte Strondl, Michael Wüthrich, Lukas Labhardt, Patrizia Bernasconi, Karin Haerberli Leugger, Stephan Gassmann, Marcel Rünzi, Esther Weber Lehner, Pius Marrer, Martin Lüchinger, Bruno Suter, Noëmi Sibold, Daniel Wunderlin, Hans Baumgartner, Christian Egeler, Eveline Rommerskirchen

e) Anzug betreffend genossenschaftlicher Wohnungsbau auf dem Areal Hegenheimerstrasse 139

06.5163.01

Mit der Realisierung der Werkstätten des Baudepartements auf dem Areal Leimgrubenweg wird das Areal Hegenheimerstrasse 139 frei. Studien zeigten, dass auf dem 2'000 m2 grossen Areal Wohnungen erstellt werden können. Angrenzend hat die Wohngenossenschaft Hegenheimerstrasse ihre Liegenschaften u-förmig an der Hegenheimer-/Rämel- und Grienstrasse. Der Wohnungsmix dieser in den fünfziger Jahren erstellten Häuser besteht nur aus 3- und 4-Zimmer-Wohnungen. Dies hat zur Folge, dass bei veränderten Familienverhältnissen (Kinderzuwachs) die Genossenschaftlerinnen ausziehen müssen. Die WG Hegenheimerstrasse hat durch den Ausbau von Mansarden eine kleine Flexibilität erreichen können, doch löst dies nicht ihr Problem. Überlegungen gehen deshalb dahin, auf dem benachbarten Areal unterschiedlich grosse Wohnungen zu erstellen, so dass Rochademöglichkeiten bestehen. Damit kann dem Familienzyklus Rechnung getragen werden. Wachsende Familien werden nicht gezwungen, ausserhalb der Stadt eine Wohnung zu finden. Ältere Mieterinnen, die gerne in eine kleinere Wohnung umziehen möchten, finden diese in ihrer direkten und vertrauten Umgebung.

Basel hat in den letzten Jahren bei den frei gewordenen Arealen Investoren bevorzugt. Genossenschaften, obwohl sie 10% des städtischen Wohnungsbestandes besitzen, kamen nicht zum Zug. Genossenschaften brauchen Expansionsmöglichkeiten damit sie ihren Wohnungsbestand den veränderten Bedürfnissen anpassen können. Das Areal Hegenheimerstrasse 139 würde sich dazu bestens eignen, dies auch weil eine Genossenschaft vorhanden ist.

Die Unterzeichnenden bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob das Areal Hegenheimerstrasse 139 dem genossenschaftlichen Wohnungsbau zugesprochen werden kann?
- ob der bauwilligen WG Hegenheimerstrasse der Vorzug gegeben werden kann, damit diese ihren Wohnungsmix verbessern kann?

Jörg Vitelli, Gabi Mächler, Stephan Maurer, Roland Engeler-Ohnemus, Hermann Amstad, Peter Howald, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Maria Berger-Coenen, Martina Saner, Sibylle Benz Hübner, Dominique König-Lüdin, Andrea Bollinger, Brigitte Strondl, Michael Wühtrich, Lukas Labhardt, Patrizia Bernasconi, Martin Lüchinger, Karin Haebler Leugger, Esther Weber Lehner, Bruno Suter, Noëmi Sibold, Daniel Wunderlin, Christine Keller, Hans Baumgartner

f) Anzug betreffend Evaluation des Stromsparfonds Basel

06.5164.01

2003 wurde in einer Studie der Büros Plaut und Infrac der Zielerreichungsgrad des 1999 eingeführten Stromsparfonds Basel untersucht und festgestellt, dass bezüglich den Zielen Versorgungssicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen, Standortattraktivität und positive Impulse bezüglich der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung „keine nennenswerten Auswirkungen“ vom Stromsparfonds Basel zu erwarten sind. Bei den Zielen Verbrauchslenkung, Stromsparinvestitionen, rationeller Stromeinsatz und Entlastung der Arbeitskosten sei „die Quantifizierung der Effekte aufgrund der erst kurzen Wirkungszeit des Stromsparfonds Basel mit gewissen Unsicherheiten verbunden“. Tatsächlich waren keine Effekte nachweisbar.

Mittlerweile ist der Stromsparfonds Basel doppelt so alt und es wäre an der Zeit, dessen Zielerreichungsgrad erneut zu messen. Sollten neben der Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Aufbau eines 1.5 Mio CHF/a teuren Verwaltungsapparats zur Umverteilung der Gelder keine quantifizierbaren Effekte nachweisbar sein, müsste der Stromsparfonds Basel konsequenterweise abgeschafft werden.

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat im Interesse einer wirkungsorientierten Politik zu prüfen und zu berichten,

- ob nach sieben Jahren Stromsparfonds Basel nicht die Zeit einer erneuten Analyse dessen Zielerreichungsgrades gekommen ist,
- ob dafür, da es sich bei den mit den grössten Unsicherheiten behafteten Zielen Verbrauchslenkung, Stromsparinvestitionen, rationeller Stromeinsatz und Entlastung der Arbeitskosten um wirtschaftliche Grössen handelt, nicht das Wirtschaftswissenschaftliche Zentrum der Universität Basel (WWZ) beauftragt werden sollte und
- ob bei einem negativen Resultat, d.h. wenn keine positiven Effekte quantifizierbar sind, der Stromsparfonds Basel nicht abgeschafft und - da das Ziel der Verbrauchslenkung grundsätzlich richtig ist - gegebenenfalls durch geeignetere und kostengünstigere Instrumente ersetzt werden sollte.

Christophe Haller, Daniel Stolz, Urs Schweizer, Rolf Stürm, Markus G. Ritter, Andreas Ungricht, Christine Heuss, Patrick Hafner, Roland Lindner, Conradin Cramer, Martin Hug, Claude François Beranek, Rolf von Aarburg, Giovanni Nanni, Theo Seckinger, Stephan Maurer, Désirée Braun, Fernand Gerspach, Sebastian Frehner, Tommy Frey, Hans Egli

Interpellationen**Interpellation Nr. 45 (Juni 2006)**

06.5168.01

betreffend Schlechtwetterprogramm im Frauenbad Eglisee

In den neunziger Jahren wurde mit einer breit abgestützten Petition der Erhalt und die Weiterführung des Frauenbades Eglisee ermöglicht und erreicht.

„Infolge anhaltender Sparmassnahmen kann beim Schwimmbecken des Frauenbades bei schlechter Witterung keine Aufsichtsperson mehr anwesend sein. Haben Sie bitte Verständnis und gehen Sie zum Schwimmen hinüber ins Familienbad“.

Mit dieser Information wurden die Benutzerinnen bei Saisonanfang 2006 konfrontiert. Sparmassnahmen sollten sich

nicht im Bereich der Volksgesundheit auswirken. Im Frauenbad Eglisee treffen sich Frauen aus allen Bevölkerungsschichten, verschiedenster Religionen und Bevölkerungsgruppen. Hier, und nirgend sonst wo in Basel, können Frauen aus aller Welt ungestört und frei Sport ausüben. Das soll auch künftig so bleiben!

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

- was heisst bei schlechter Witterung?
- wird das Frauenbad bei schlechter Witterung jeweils geschlossen?
- wer trägt die Haftung, wenn das Frauenbad nicht geschlossen wird und Schwimmerinnen im Fraueli verbleiben?
- wieviel Personal wird eingespart und zu welchen Anstellungsbedingungen wird das Schönwetterpersonal angestellt?
- wie hoch ist der Betrag, der durch diese Massnahme gespart werden kann?
- teilt die Regierung die Meinung, dass auch in Zukunft muslimische und jüdische Frauen frei und ungestört jederzeit schwimmen können?
- teilt die Regierung die Meinung, dass auch in Zukunft ältere und alte Frauen, frei von Taxierung und Wertung Gelegenheit haben sollten, ihren Sport auszuüben?
- ist das Frauenbad nicht etwa auch ein Bestandteil von „gsünder Basel“ zu betrachten?
- ist die Regierung bereit, diese Sparmassnahme rückgängig zu machen?

Annemarie Pfister

Interpellation Nr. 46 (Juni 2006)

06.5170.01

betreffend Verhandlungen zu einem Kompromissvorschlag für die Sanierung der Pensionskasse des Basler Staatspersonals

Eine Koalition bestehend aus Vertretern der Regierungsratsparteien und einer Delegation des Regierungsrats hat am 11. Mai 2006 Eckwerte für einen Kompromissvorschlag zur Revision des Pensionskassengesetzes (PKG) vorgelegt. An den Verhandlungsgesprächen nahm auch die BastA! teil, welche den Kompromissvorschlag jedoch nicht mittragen wollte. Laut Regierungsrätin Dr. Eva Herzog hatten auch Arbeitnehmerverbände die Möglichkeit, ihre Vorstellungen im Vorfeld zu skizzieren (baz vom 12. Mai 2006, Seite 15). Die SVP, nach der SP wählerstärkste Partei, wurde zu den Gesprächen nicht eingeladen. Ebenfalls nicht an den Verhandlungen beteiligt waren (nebst allen nicht im Grossen Rat vertretenen Parteien) VEW und DSP. Vereinzelt war zu vernehmen, die SVP sei von der Regierung nicht zu den Gesprächen eingeladen worden, weil sie nicht Regierungsratspartei sei. Da mit der BastA! eine Nichtregierungspartei an den Verhandlungen beteiligt war, stösst eine solche Begründung ins Leere.

Ich bitte die Regierung um Aufklärung und Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Weshalb wurde die zweitgrösste Partei des Kantons nicht zu den Gesprächen eingeladen?
2. Weshalb wurden VEW und DSP nicht zu den Gesprächen eingeladen, obwohl sie, jede für sich allein, in etwa die Wählerstärke der BastA! besitzen?
3. Sind für den Regierungsrat die rund 21 Prozent Wähleranteil, welche SVP, DSP und VEW zusammen besitzen, eine quantité négligable?
4. Weshalb hatten Personalverbände im Vorfeld die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu skizzieren? Die Steuerzahler werden die dem Vorschlag implizite Erhöhung der Arbeitgeber-Beiträge bezahlen müssen, sollte der Vorschlag eine Umsetzung finden. Wurden als Gegenpol zu den Arbeitnehmerverbänden auch Interessengruppierungen angehört, welche die Steuerzahler vertreten. Wenn nein, weshalb nicht?
5. Von verschiedenster Seite war zu vernehmen, dass sich die Finanzministerin bei Exponenten von nicht an den Gesprächen beteiligten Parteien persönlich und informell entschuldigte, dass diese nicht zu den Gesprächen eingeladen worden waren. Trifft dies zu? Wenn ja, ist ein solches informelles Vorgehen nach Meinung des Regierungsrats das richtige Vorgehen? Wurde von Seiten der Finanzministerin auch mit einem Exponenten der SVP Kontakt aufgenommen? Wenn nein, weshalb nicht?
6. Laut Gastbeitrag von Rolf Häring in der baz vom 19. Mai 2006, Seite 36 soll - nachdem wichtige politische Kräfte bei der Konsensfindung ausgeschlossen wurden - nun nicht einmal mehr ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden. Trifft dies zu? Wenn ja, ist die Regierung nicht der Meinung, dass der Nichteinbezug wichtiger politischer Kräfte bei der Konsensfindung ein Vernehmlassungsverfahren noch wichtiger macht, als dies schon im üblichen politischen Verfahren der Fall ist?
7. Das gewählte Vorgehen wird nach meiner Einschätzung dazu führen, dass die Parlamentsdebatte keine grossen Änderungen mehr bewirken wird. Nur die Ergreifung des Referendums wird es ermöglichen zu eruieren, ob der Kompromissvorschlag tatsächlich breite Abstützung findet. Möchte der Regierungsrat in Zukunft die hier praktizierte Politik der «selektiven Verhandlungen» und (allenfalls) des Ausschlusses direktdemokratischer Instrumente, wie das Vernehmlassungsverfahren eines ist, auch in Zukunft weiterführen

und so bestimmte politische Kräfte vom demokratischen Prozess ausschliessen?

Sebastian Frehner

Interpellation Nr. 47 (Juni 2006)

06.5181.01

betreffend Gesamtkonzept spezieller Förderprogramme

Der neue Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt stellt unter anderem das Entwicklungsziel „Integration der speziellen Förderung“ vor. Wie bisher sind auch in Zukunft spezielle Fördermassnahmen geplant, vor allem im Bereich der schwächer begabten Kinder. Diese sollen vermehrt in die Regelklassen integriert werden. Daneben gibt es verschiedene Programme für Kinder mit Sprach- und/oder kulturellen Integrationsproblemen sowie im Bereich der Hochbegabten. Die Basler FDP vermisst dabei ein entsprechendes Gesamtkonzept.

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche spezielle Fördermassnahmen in Ergänzung oder als Ersatz zur Regelschule gibt es heute für welche Schulstufen und welche Gruppen von Schülerinnen und Schülern?
2. Welche dieser Massnahmen werden separat von der Regelschule angeboten, welche nicht?
3. Reichen die heutigen Massnahmen aus, um allen Kindern und Jugendlichen, die einer speziellen Förderung bedürfen, gerecht zu werden?
4. Überschneiden sich gewisse Massnahmen bzw. werden die einzelnen Massnahmen periodisch auf ihren Erfolg überprüft?
5. Wieweit folgen diese Massnahmen einem Gesamtkonzept, wieweit sind sie über die letzten Jahre nach und nach separat entstanden?
6. Ist der Regierungsrat bereit, ein Gesamtkonzept aller Fördermassnahmen zu erstellen?
7. Ist es sinnvoll, dass heute zum Teil jedes Schulhaus sein eigenes Konzept hat?
8. Plant der Regierungsrat, auch andere Fördermassnahmen in die Regelschulen zu integrieren, wie dies nun mit den Kleinklassen angestrebt wird?

- Christine Locher-Hoch

Interpellation Nr. 48 (Juni 2006)

06.5180.01

betreffend Kostenvergleich kantonaler Schulen

In einem rohstoffarmen Land wie der Schweiz zählt Bildung zu den wertvollsten Gütern. Damit auch in Zukunft genug Mittel für eine qualitativ hochstehende Schulausbildung zur Verfügung stehen, muss diese effektiv und effizient erbracht werden. Qualitätsvergleiche von Schulausbildungen finden national und international regelmässig statt; umfassende Kostenvergleiche fehlen jedoch bisher. Dabei wäre es gerade im Hinblick auf die nationale Harmonisierung der obligatorischen Schulen (Projekt HarmoS) sowie den Entwicklungsplan für die Volksschule Basel-Stadt wichtig zu wissen, ob der Kosten-Nutzen-Vergleich stimmt - das heisst, ob das Bildungsangebot an den Basler Schulen im interkantonalen Vergleich nicht zu teuer angeboten wird.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was kostet die Ausbildung während der obligatorischen Schulzeit im Durchschnitt pro Alterskategorie und Jahr im interkantonalen Vergleich?
2. Was kostet die gesamte obligatorische Schulpflicht absolut pro Kind? Wie positioniert sich der Kanton Basel-Stadt bezüglich Ausgaben im interkantonalen Vergleich?
3. Was kostet die durchschnittliche Schulausbildung bis zur Hochschulreife pro Kind absolut? Wie positioniert sich der Kanton Basel-Stadt bezüglich Ausgaben im interkantonalen Vergleich?
4. Mit einer europäischen Maturität wird man heutzutage nach einer bestandenen Eignungsprüfung an einer schweizerischen Universität zum Studium zugelassen. Was zum gleichen Ziel führt, müsste auch gleich viel kosten. Was kostet die durchschnittliche Schulausbildung bis zur Hochschulreife in unseren europäischen Nachbarländern und wie sieht der Vergleich mit Basel-Stadt aus (unter Berücksichtigung des höheren Schweizer Kostenniveaus)?
5. Wie gut schätzt der Regierungsrat das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Basler Schulen im interkantonalen Vergleich ein? Wo besteht noch Handlungsbedarf, wo sind wir besonders kosteneffizient?
6. Wo ortet der Regierungsrat in der Zukunft wichtige Investitionen für die Qualitätsverbesserung der Basler Schulen?
7. Wie hoch wären die Mehrausgaben bei einer Umstellung auf eine komplett zweisprachige Schulausbildung?

Emmanuel Ullmann

Interpellation Nr. 49 (Juni 2006)

06.5182.01

betreffend Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (KOSA-Initiative)

Heute gehen die Nationalbank-Gewinne zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone. Bei einer Annahme der KOSA-Initiative am 24. September 2006 würde der Reingewinn der Nationalbank dem Ausgleichsfonds der AHV zukommen. Den Kantonen würden diese Mittel weitgehend entzogen; lediglich ein Betrag von 1 Milliarde Franken jährlich bliebe den Kantonen vorbehalten.

Die Kantone verfügen über die politischen Gremien und Instrumente (Volksrechte, Kantonsparlamente und Regierung), um über die Verwendung der Nationalbankgelder demokratisch und bürgernah entscheiden zu lassen. Dank ihrer Nähe zum Volk und dank ihrer Kenntnis der regional unterschiedlichen Probleme und Bedürfnisse bieten die Kantone Gewähr für einen haushälterischen und den kantonalen Gegebenheiten angepassten Umgang mit den Nationalbank-Mitteln. Bei einer Annahme der KOSA-Initiative wäre dies nicht mehr im selben Umfang der Fall.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Wie hoch wären die Mindereinnahmen bei einer Annahme der KOSA-Initiative im Kanton Basel-Stadt (ausgehend vom heute geltenden Verteilschlüssel unter den Kantonen)?
- Was wären die Konsequenzen dieser Mindereinnahmen?
- Mit der Annahme der Initiative gingen dem Bund bis zum Ablauf der geltenden Gewinnausschüttungsvereinbarung bzw. bis 2012 jährlich gut 833 Mio. Franken verlustig. Ist zu befürchten, dass als Folge Subventionen für die Kantone gekürzt werden?
- Ist der Regierungsrat gewillt, sich im Abstimmungskampf aktiv für die Interessen der Kantone und gegen die KOSA-Initiative einzusetzen?

Lukas Engelberger

Interpellation Nr. 50 (Juni 2006)

06.5183.01

betreffend akutergeriatrische Vorsorge in beiden Basel

Wie in den Zeitungen vom 18.05.2006 zu lesen war, plant Baselland beim anstehenden Neubau des Bruderholzspitals, 100 Geriatrische Betten.

Im Zusammenhang mit dem laufenden Projekt, die akutergeriatrische Versorgung gemeinsam in eine neue Institution auf dem Areal des Diakonats Bethesda auszulagern, stellen sich mir mehrere Fragen:

1. Besteht die Möglichkeit im Rahmen des Neubaus auf dem Bruderholz ein gemeinsames Geriatriespital beider Basel mit einer Kapazität von 300 Betten zu errichten?
2. Gäbe es die Möglichkeit einer gemeinsamen Trägerschaft z.B. analog dem UKBB?
3. Welche Form der Finanzierung von Investition und Betrieb kämen in Frage?
4. Wie weit ist das Projekt „gemeinsame akutergeriatrische Versorgung“ fortgeschritten?

Ich danke der Regierung für die Beantwortung meiner Fragen

Ein ähnlich lautender parlamentarischer Vorstoss wird im Kanton Basellandschaft eingereicht.

Beatriz Greuter

Interpellation Nr. 51 (Juni 2006)

06.5184.01

betreffend Demontage von Kinderspielgeräten

Aus Kreisen der Kindergarteninspektorate und von Kindergärtnerinnen habe ich erfahren, dass in den letzten Monaten bei Kindern beliebte Schaukeln und Klettergerüste in Kindergärten demontiert wurden. Dies angeblich wegen neuer Sicherheitsvorschriften und fehlender finanzieller Mittel zur Behebung von Mängeln.

Diese Massnahme erstaunt um so mehr, als zunehmend Kinder und Jugendliche schwerwiegende motorische Defizite aufweisen, die ihre Entwicklung negativ beeinflussen und das adäquate Verhalten im Verkehr beeinträchtigen, so neuestens im Artikel „Kinder im Fitnessstest“ der NZZ vom Sonntag vom 21.5.2006 nachzulesen:

- (...) Einige Kinder seien gar nicht in der Lage, 20 Meter in einer Bahn geradeaus zu laufen, sagt Murielle Jeker, Verfasserin der noch unveröffentlichten Studie über die motorischen Fähigkeiten der Stadtzürcher Erstklässler. (...)

- (...) Die zunehmenden motorischen Defizite der Kinder machen sich in Alltagssituationen bemerkbar. Etwa im Strassenverkehr. (...) Alltäglich sind für ihn (Polizist Buchschacher) neunjährige Velofahrer, die sogar auf dem leeren Schulhausplatz ins Schwanken geraten. (...)
- (...) Bereits auf Vorschulstufe begegnet der Schulgesundheitsdienst zunehmend Kindern mit motorischen Defiziten. „Die Polarisierung beginnt früh, denn oft wird die motorische Entwicklung im Wohnumfeld vernachlässigt“, stellt Frey fest. Diesem Negativtrend, will er mit einem neuen Programm zur Bewegungsförderung im Kindergarten entgegenzutreten. Ein Modell, dass die Stadt Basel bereits erfolgreich praktiziert. (...)

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, dass Spielgeräte in Kindergärten abmontiert wurden und wenn ja, in wievielen Kindergärten war dies der Fall?
2. Wurden Geräte auch auf öffentlichen Spielplätzen demontiert?
3. Warum genau wurden die Geräte abmontiert?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Verhältnismässigkeit der Massnahme vor dem Hintergrund, dass Generationen von Kindern mit den entsprechenden Spielgeräten gross geworden sind?
5. Wie beurteilt die Regierung die Auswirkungen dieser Massnahmen auf die ohnehin schon ungenügenden motorischen Fähigkeiten vieler Kinder? Werden damit nicht die oben zitierten Bemühungen zur Bewegungsförderung unterlaufen?
6. Bis wann werden die Spielgeräte wieder montiert?

Stephan Ebner

Interpellation Nr. 52 (Juni 2006)

06.5185.01

betreffend Sicherheitsmängel an Spielanlagen und ausbleibender Unterhaltsarbeiten an Inneneinrichtung der Kindergärten

Im Rahmen der Inspektionssitzung informierten die Kindergärten Basel über verschiedene Probleme im Bereich der Räumlichkeiten und der Einrichtungen sowie im Bereich der Sicherheit von Spielgerät in den Aussenanlagen. Diese Probleme wurden akut, aufgrund von Budgetkürzungen zum Beispiel bei Kleininvestitionen oder grundsätzlich aufgrund fehlender Finanzen.

Zur Sicherheit auf den Spielplätzen der Kindergärten:

Seit 1999 gelten neue BfU-Sicherheitsnormen für Spielplätze und Spielgeräte. Seit Herbst 2005 werden die Spielplätze der Kindergärten (wie auch die öffentlichen Spielplätze) kontrolliert und Spielgeräte wie z. Bsp. Schaukeln, die nicht der BfU-Norm entsprechen, entfernt. Da aber kein Geld zur Verfügung steht, gibt es keinen Ersatz für die entfernten Spielgeräte.

Nach einer Prüfung sämtlicher Kindergärten mit Aussenanlagen steht fest, dass bei rund 80 Kindergarten-standorten Anpassungen im Aussenbereich nötig sind, da sie der BfU-Norm nicht entsprechen. Die Spielgeräte von 3 Kindergärten wurden als so gefährlich eingeschätzt, dass sie umgehend gesperrt werden mussten. Das Geld für die notwendigen Anpassungen steht offenbar nicht zur Verfügung. Die nicht der BfU-Norm entsprechenden mobilen Geräte (Schaukeln, Rutschbahnen) wurden zumeist schon ersatzlos entfernt, doch besteht noch immer ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko für die Kindergartenkinder, da eine Sperrung der gesamten Aussenfläche der betroffenen Kindergärten unzumutbar ist und deshalb die fest installierten Klettergerüste, Rutschbahnen etc. noch immer benutzt werden.

Die schweizerische Gesundheitsstudie brachte es an den Tag: Die BaslerInnen bewegen sich zu wenig. Schon im Kindergartenalter machen sich zunehmend Bewegungsdefizite bemerkbar. Jedes 4. Kind ist bei Schuleintritt zu schwer. Um dieser besorgniserregenden Entwicklung zu begegnen wurde im Januar 2005 das Projekt „Burzelbaum“ (das Basler Projekt für mehr Bewegung in den Kindergärten) gestartet. Es stellt sich die Frage, wie ein solches Projekt zur Förderung der Bewegung im Kindergarten mit der mangelhaften oder gar gefährlichen Ausstattung der Aussenanlagen der Kindergärten vereinbart werden kann.

Zur Innenausstattung und Möblierung der Kindergärten:

Für die Räumlichkeiten der Kindergärten ist das Baudepartement zuständig, für die Einrichtung, Möblierung und Ausstattung das Erziehungsdepartement (Kredit für Kleininvestitionen). Zahlreiche Kindergärten sind renovationsbedürftig, die Mittel des Baudepartementes reichen offenbar für die Instandstellung eines Kindergartens pro Jahr. Aus diesem Grund ist die Warteliste für dringend notwendige Renovationsarbeiten in den Kindergärten lang.

Der Kredit für Kleininvestitionen wurde bei den Kindergärten von Fr. 200'000 schrittweise auf Fr. 45'000 gekürzt. Seit letzten Herbst werden aufgrund der knappen Finanzen defekte Tische, Stühle, Kästen etc. nicht einmal mehr abgeholt, sondern stapeln sich in den Kindergärten. Aufgrund dieser prekären Situation wurden die KindergärtnerInnen informiert, dass sie die Baubegehren, mit denen alljährlich dringend notwendige Reparaturen/Anschaffungen angemeldet werden, diesjahr gar nicht einreichen sollen, da sowieso kein Geld

vorhanden ist. Dies löste bei den betroffenen Lehrpersonen grosse Frustration aus: Aus pädagogischen Gründen ist es nicht vertretbar, dass das Mobiliar der Kindergärten defekt oder in schlechtem Zustand gelassen wird. Die Lehrpersonen der Kindergärten wie auch die Inspektionsmitglieder stellen sich wohl zu Recht die Frage, wie wichtig die erste Stufe des Schulsystems wirklich ist, wenn die Kindergärten der Gefahr der Verlotterung ausgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierung die prekäre Situation bezüglich der Sicherheit der Spielplätze in den Kindergärten bekannt?
2. Wer haftet bei einem Unfall auf einem Spielgerät, das nicht der BfU-Norm entspricht?
3. Ist die Regierung auch der Meinung, dass die Bewegungsförderung insbesondere auf der Kindergartenstufe sehr wichtig ist und dass deshalb auch die Spielplätze der Kindergärten in einem guten Zustand sein sollten?
4. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um die Aussenanlagen der Kindergärten baldmöglichst auf einen der BfU-Norm entsprechenden Stand zu bringen? Welche Summen sind dafür nötig und wie soll dies bezahlt werden?
5. Ist der Regierung die Situation bezüglich der Einrichtungen der Kindergärten und des defekten Mobiliars bekannt?
6. Wie gedenkt die Regierung gegen diesen Missstand vorzugehen? Welche Summen sind dafür nötig und wie soll dies bezahlt werden?

Heidi Mück

Interpellation Nr. 53 (Juni 2006)

06.5186.01

betreffend Aktion: Stark durch Erziehung

Am 2. September 2006 lanciert der Schweizerische Bund für Elternbildung SBE am Schweizerischen Elternbildungstag eine schweizweite Kampagne "STARK DURCH ERZIEHUNG". Dieses Programm, das ursprünglich aus Nürnberg stammt, wird für die Schweiz adaptiert. Eltern sollen damit unterstützt und motiviert werden und Orientierungshilfe in veränderten Erziehungs-, Wert- und Rollenvorstellungen erhalten. In verschiedenen Kantonen sollen Veranstaltungen stattfinden.

Ein übergeordnetes Ziel ist, dass Erziehung Kinder stark machen soll - und dies in vielerlei Hinsicht:

- Stark, um das Leben selbst zu bestimmen,
- stark, um Herausforderungen zu begegnen,
- stark für Beziehungen,
- stark, um Rückschläge zu verkraften,
- stark, um andere Meinungen zu akzeptieren.

Den Kernpunkt der Kampagne bilden acht Hauptaussagen "Acht Sachen... die Erziehung stark machen": Erziehung ist...

- ... Liebe schenken
- ... Streiten dürfen
- ... Zuhören können
- ... Grenzen setzen
- ... Freiraum geben
- ... Gefühle zeigen
- ... Zeit haben
- ... Mut machen

Auch in Basel soll in Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Jugend, Familien und Prävention des Justizdepartementes und dem Ressort Schule des Erziehungsdepartementes die Aktion durchgeführt werden. Dabei stellen sich die folgenden Fragen:

1. Wie wird die Aktion in Basel koordiniert und durchgeführt?
2. Wie wird sichergestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen der ausserschulischen Arbeit und der Schule funktioniert und sich auch gegenseitig ergänzt?
3. Welche Vorkehrungen wurden getroffen, dass auch Migranten und Migrantinnen und ihre Familien davon profitieren können und daraus positive Auswirkungen für die Integration entstehen?
4. Wie wird die Finanzierung sichergestellt?

Eine starke Unterstützung dieser wertvollen Aktion durch die Regierung scheint mir wichtig zu sein. Ich bin der Regierung deshalb dankbar, wenn sie die obigen Fragen beantwortet und damit auch ihr Interesse und ihre Unterstützung kundtut.

Urs Joerg

Interpellation Nr. 54 (Juni 2006)

06.5187.01

betreffend intelligenter Umgang mit renitenten Schülerinnen und Schüler

Unser Schulsystem leidet nicht nur unter zu vielen Übergängen sondern auch unter diversen, typisch städtischen Problemen. Eines der Probleme ist die Sprachenvielfalt. Ein Weiteres ist, dass es offenbar immer mehr renitente Schüler und Schülerinnen gibt. Die Gründe für diesen Trend sind vielfältig. Da die Beseitigung dieser Gründe sehr schwierig sein dürfte ist ein anderer, mehr versprechender Weg, der Versuch mit diesem Phänomen intelligent umzugehen. Denn eines ist klar: es braucht nur einen renitenten Schüler um eine ganze Klasse massiv zu stören. Dies darf nicht geduldet werden. Schliesslich geht es um die Zukunft aller Jungen in dieser Klasse. Auf der anderen Seite sollte die Gesellschaft aber auch die Renitenten selber nicht zu schnell aufgeben. Auch im eigenen Interesse. Deshalb sind neue, intelligente Wege gesucht. Und da man ja das Rad nicht immer neu erfinden muss sei ein Blick in die weitere Nachbarschaft erlaubt.

Chur bietet Oberstufenschülerinnen und -schülern, die aufgrund mangelnder Sozial- und Selbstkompetenz nicht mehr tragbar sind, ein drei- bis fünfmonatiges Time-out an. Die jungen Erwachsenen sollen sich während dieser Zeit im Klaren darüber werden, wo sie stehen und wohin sie wollen. Zudem soll für eine gewisse Zeit Schuldruck weggenommen werden. Die Timeout-Klasse umfasst höchstens zehn Schüler. Nur ein Drittel der Zeit wird für Schulfächer aufgewendet, ein Drittel für Einzel- und Gruppengespräche und ein weiteres Drittel für Aktivitäten wie Tagebuch schreiben, zeichnen, am PC arbeiten oder in einem Betrieb schnuppern. Das Ziel ist es dabei immer, die renitenten Schüler wieder in die Regelklasse zu integrieren.

Solche Projekte verlaufen relativ erfolgreich. Beim Beispiel aus Chur mussten von den bisher. rund 60 Schülern nur fünf in eine weitere Sozialinstitution gewiesen werden. Die anderen konnten in die frühere Klasse reintegriert werden, haben die Klasse gewechselt oder eine Lehre angefangen. Ein m.E. sehr gutes Resultat.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie belastend ist die Situation in den Basler Schulen?
2. Wie gross (zahlenmässig) ist das Problem im Kanton Basel-Stadt?
3. Welche Möglichkeiten bieten die gesetzlichen Grundlagen (Schulgesetz), sind sie ausreichend?
4. Kennt der Regierungsrat das Churer Modell der Time-out-Klassen?
5. Hat er dieses inhaltlich mit Angeboten (z.B. KIS) aus Basel-Stadt verglichen?
6. Wie sind die Erfolgsaussichten (Reintegration) in Basel-Stadt im Vergleich zu Chur?
7. Bietet das Churer Modell gegenüber unseren Mitteln Vorteile die man übernehmen könnte?
8. Welche weiteren Massnahmen wären allenfalls wünschenswert und mit welchen finanziellen Konsequenzen wären diese verbunden?

Daniel Stolz

Interpellation Nr. 55 (Juni 2006)

06.5188.01

betreffend 'Sperrgutamnestie'

Wer Pfingsten in Basel verbracht und sich dabei den einen oder anderen Stadtpaziergang gegönnt hat, dem dürfte es nicht entgangen sein:

Vielerorten liegt entsorgtes Gerümpel, nach dem Frühlingsputz und vor der Abreise in klimatisch angenehmere Regionen ohne die erforderliche Sperrgutvignette herausgestellt. Das Bedürfnis, sich unbrauchbarer Gegenstände zu entledigen, scheint gerade im Frühling gross zu sein, die Bereitschaft, dafür zusätzlich etwas zu bezahlen, ist offenbar kleiner. Mit Verboten und Bussen scheinen die Behörden dem illegalen Deponieren von Sperrgut aber keinen Riegel schieben zu können. Bis die wilden Deponien jeweils abgebaut sind, dauert es Tage bis Wochen. Unter hygienischen und ästhetischen Gesichtspunkten ist diese Situation nicht befriedigend.

Dies veranlasst mich, den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen zu bitten:

1. Welche Menge an illegal entsorgtem Sperrgut (in m³ und in t) wird auf Kantonsgebiet jährlich eingesammelt?
2. Sind jahreszeitlich Unterschiede in der Menge und Qualität des Materials feststellbar?
3. Ist der Regierungsrat bereit, einmal jährlich eine 'Sperrgutamnestie' zu erlassen (bspw. im Frühjahr), einen Termin, an dem bereitgestelltes Sperrgut abgeholt wird, ohne dass es mit Vignetten versehen werden muss?

Dies hätte den Vorteil, dass sich die Abfallentsorgung rechtzeitig auf ein Datum mit grösserem Arbeitsanfall einrichten könnte und die Bevölkerung hätte andererseits wenigstens einmal im Jahr eine Möglichkeit, Angestautes ohne langwierige, kostenpflichtige Vignettenbeschaffung und -überwachung (Vignetten werden oft vom bereitgestellten Sperrgut gestohlen) loszuwerden.

4. Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um der geschilderten, vor allem auch rund um Feiertage desolaten, Sperrmüllsituation Herr zu werden?

Ernst Jost

Kleine Anfragen

a) Kleine Anfrage betreffend ‚jobticket‘

06.5196.01

In der Riehener Gemeindeverwaltung wurde neulich der Wettbewerb ‚Zündende Ideen für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien‘ durchgeführt. Den vierten Preis, mit dreihundert Franken dotiert, holte sich der Liegenschaftsverwalter mit der Idee, dass die Gemeinde das ‚jobticket‘ - kostengünstiges U-Abo des TNW - allen ihren Mitarbeitenden anbieten solle. Dem Gemeinderat wurde diese Idee von der Jury zur baldigen Umsetzung empfohlen.

Im Bereich kantonale Verwaltung herrscht in Sachen ‚jobticket‘ seit Jahren Funkstille. Der Regierungsrat äusserte sich seinerzeit ablehnend zur Einführung des ‚jobticket‘ für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung, obwohl er an der Initiierung der Idee via BVB / TNW selbst beteiligt war.

Dabei ist das ‚jobticket‘ gerade für grössere Betriebe ersonnen worden. Es soll nicht nur das ökologisch sinnvolle Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel für den Arbeitsweg fördern, sondern auch die Attraktivität eines Arbeitsplatzes (in casu im Stadtkanton) steigern.

Unter diesen Prämissen greift eine vorwiegend auf unmittelbare Kostenfolgen gerichtete Beurteilung des Nutzens des ‚jobticket‘ zu kurz. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass doch etliche private Firmen das ‚jobticket‘ anbieten.

Ich frage den Regierungsrat im Lichte der Riehener Entwicklung daher an, ob er seine Haltung zum ‚jobticket‘ zu überdenken bereit ist und ob auch der Kanton Basel-Stadt als fortschrittlicher Arbeitgeber seinen Mitarbeitenden künftig das ‚jobticket‘ anbieten will.

Ernst Jost